

# PARLAMENTSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

wenn dieser Parlamentsreport erscheint, werden die meisten von Ihnen den verdienten Urlaub schon hinter sich haben. Auch wir Abgeordnete kehren in den parlamentarischen Alltag zurück. Wobei mancher nie weg war – Politik ist schließlich immer! Vor allem, wenn wie diesen Sommer eine Bundestagswahl bevorsteht und auch für Landtags-LINKE gilt: Mittendrin statt nur dabei!

Noch vor der Sommerpause fand die letzte Plenartagung statt und mit ihr die Abstimmung über die Aufnahme der „Schuldenbremse“ in die Landesverfassung. Nach der namentlichen Schlussabstimmung stand fest: Der ersten Änderung der Sächsischen Verfassung seit 21 Jahren hatten 102 Abgeordnete zugestimmt. Darunter elf LINKE, so auch ich. Ich habe für die Verfassungsänderung votiert, weil die grundgesetzlich verankerte „Schuldenbremse“ für Sachsen so umgesetzt wird, dass, wenn das Land mindestens drei Prozent weniger Steuern einnimmt, als im Durchschnitt der letzten vier Jahre – und bei Naturkatastrophen, trotz „Schuldenbremse“ Kredite aufgenommen werden können. Und weil der Grundsatz des sozialen Ausgleichs bei der Aufstellung von Landeshaushalten verankert wird und das Land für sämtliche Aufgaben, die es an die Kommunen delegiert, in vollem Umfang aufkommen muss.

Das hat nicht alle überzeugt. Und das ist auch in Ordnung. Wir hatten die Abstimmung gemäß dem Grundsatz frei gegeben, dass jede/r Abgeordnete ausschließlich ihren/seinem Gewissen verpflichtet ist. Entschieden wurde nach bestem Wissen und Gewissen – und das ist aller Ehren wert.

*Rico Gebhardt*

Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## „Unsere Schuldenbremse heißt MILLIONÄRSSTEUER“

Ab kommendem Jahr hat der soziale Ausgleich bei der Aufstellung des Landeshaushalts in Sachsen Vorrang. Ein Verdienst der Fraktion DIE LINKE, und hier insbesondere ihrer „Verhandler“ **Rico Gebhardt, Klaus Bartl** und **Sebastian Scheel**. Der Sozialausgleich, eine Belastungsgrenze für Kommunen und mögliche Kreditaufnahmen bei Naturkatastrophen und erwarteten Steuerausfällen stehen dann ebenso in der Landesverfassung wie die „Schuldenbremse“.

Der Freistaat macht schon seit 2006 keine Schulden mehr. Mit der jetzigen Verfassungsänderung wird das für künftige Regierungen zur Pflicht. 2020 kommt das Schuldenverbot dann ins Grundgesetz und gilt bedingungslos für alle Bundesländer. Sachsen wird sich nach der jetzigen Änderung Ausnahmen erlauben können.

*„Die sächsische Verfassung ist ein gutes Instrument, die Regierung auf die Einhaltung wichtiger Grundrechte zu verpflichten.“*

Für DIE LINKE waren die 17 Verhandlungsmonate durchaus eine Zerreißprobe. Einerseits hatte sie ebenso wie SPD und Grünen die Einladung von CDU und FDP angenommen, über die Schuldenbremse zu verhandeln – andererseits lehnt sie ein Schuldenverbot aber ab, weil dieses der Privatisierung der Daseinsvorsorge Tür und Tor öffnen könnte. Deshalb stieg die Fraktion nach Intervention des Kleinen Parteitag quasi auf der Zielgeraden aus dem Verhandlungsprozess aus.

„Die sächsische Verfassung ist ein gutes Instrument, die Regierung auf die Einhaltung wichtiger Grundrechte zu verpflichten. Das haben mehr als ein Dutzend erfolgreicher Klagen vor dem Leipziger Verfassungsgerichtshof bewiesen. Auch deshalb haben wir uns in Verhandlungen über eine Weiterentwicklung dieser Verfassung begeben“, so LINKE-Fraktionsvorsitzender Rico Gebhardt: „Das Soziale ist das Markenzeichen der LINKEN, und wir haben dafür gesorgt, dass künf-

tig bei der Aufstellung des Landeshaushalts neben Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Maßstab des sozialen Ausgleichs gleichberechtigt berücksichtigt werden muss. Sachsen ist das erste Bundesland,

*„Das Soziale als Markenzeichen der LINKEN haben wir nun in die Verfassung gebracht, Darauf sind wir stolz.“*

das den sozialen Ausgleich in der Landesverfassung hat. Darauf sind wir stolz.“ Gemeinsam mit der SPD hat DIE LINKE auch für den kommunalen Mehrbelastungsausgleich gestritten und damit sichergestellt, dass das Land seinen Haushalt künftig nicht zulasten der Kommunen saniert.

„Dennoch ist und bleibt DIE LINKE Gegner der Schuldenbremse im Grundgesetz, Gegner einer neoliberalen Finanz- und Wirtschaftspolitik, die Europa in den letzten Jahren an den Rand des Abgrundes geführt hat – und Gegner einer konservativen Doppelmoral in Sachsen, wo die Staatsregierung erst die Landesbank im Spekulationsumpf versenkt, einen Milliar-

den Schaden verursacht und sich hinterher mit dem Thema ‚Neuverschuldungsverbot‘ als Hüterin solider Finanzpolitik aufspielt“, stellt Gebhardt klar und mahnt zugleich, dass, statt nur auf ein Schuldenverbot zu setzen, mehr Augenmerk auf die Einnahmenseite gelegt werden muss: „Die Reichen, die sich bisher gegenüber dem Finanzamt geschickt arm rechnen durften, sind eine bessere Einnahmequelle für den Staat als Kredite von Banken, die wir womöglich am Ende wieder mit Steuergeldern retten sollen. Unsere Schuldenbremse heißt Millionärssteuer!“

DIE LINKE lud die demokratischen Landtagsfraktionen ein, nach der Sommerpause gemeinsam bei der Verfassungsmodernisierung wei-

*„Die DIE LINKE ist und bleibt dennoch Gegner der Schuldenbremse im Grundgesetz.“*

terzumachen. Ideen dafür gibt es viele: Absenkung des Wahlalters, die Einfügung grundlegender Rechte für Kinder und Jugendliche, die weitere Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips, u.a.m.



© Dr. Klaus-Uwe Gerhardt / PIXELIO



# Bank-Desaster von 2007 ist Milliardenengrab

Wie so oft ging es in der Aktuellen Debatte um Geld. In ihrer vorletzten Tagung vor der Sommerpause mussten sich die Parlamentarier auf Initiative der LINKEN mit der im Jahr 2007 notverkauften Landesbank (LB) befassen, bzw. mit deren Ableger „Sealink Funding Ltd.“. Fünf Jahre nach dem Bankdesaster und der scheinweisen Aufdeckung des finanzpolitischen Kamikaze-Gebarens der LB-Akteure hat der Schaden für den Freistaat die Milliardenengrenze überschritten. Höchste Zeit für eine Zwischenbilanz, so DIE LINKE.

Schließlich hatte der damalige Finanzminister Horst Metz nach dem Crash der Sachsen LB erklärt, dem Landtag und der Bevölkerung „ein Nachschießen von Geldern in nicht fassbaren Beträgen“ nicht „zumuten“ zu wollen. Längst ist diese Zumutung eingetreten, resümiert der **LINKE-Finanzexperte Sebastian Scheel** und erklärt den Sachsen LB-Ableger „Sealink Funding Ltd.“ zur „ersten Bad Bank Deutschlands“. Jeden Monat verliert Sachsen durch die Zahlungen aus dem Garantiefonds das Volumen eines Förderprogramms. Kaum einer zweifelt noch daran, dass die 2,75 Mrd. Euro schwere Bürgschaft für die Ausfälle der Schrottpapiere der einst verantwortungslos hoch pokernden sächsischen Finanzjongleure tatsächlich und bis auf den letzten Cent



Ex-Finanzminister Horst Metz (li.) und Ex-Ministerpräsident Georg Milbradt im Jahr 2007. Beide „stolperten“ über den Niedergang der Sachsen LB.

„Gestoppt wurden die Landesbank und die sie tragenden Politiker erst von der Finanzkrise, nicht von innerer Einsicht“, blickt Scheel zurück.

Zudem habe, so Scheel, die Staatsregierung im Fall der verantwortlichen Sachsen-LB-Verwaltungsräte ganz bewusst beschlossen, auf eine Verfolgung dieser Entscheidungsträger – die mindestens grob fahrlässig gehandelt haben – zu verzichten: „Die zivil- und strafrechtliche Aufarbeitung steht immer noch ganz am Anfang.“ Inzwischen sind dem Lan-

deshaushalt durch das Sachsen-LB-Desaster insgesamt schon mehr als zwei Milliarden Euro Steuergelder entzogen worden und Finanzminister Unland hat weitere über 800 Mio. im Garantiefonds gebunkert.

übrigens...

... informierte das Finanzministerium (SMF) zwei Wochen nach der Landtagsdebatte zur Sachsen-LB darüber, sich mit einem der acht ehemaligen Vorstände der Sachsen LB zivilrechtlich auf einen Vergleich geeinigt zu haben. Als Gegenstand

der seit 2010 geführten Klage gibt das SMF mögliche Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit Kapitalmarktinvestitionen der Sachsen LB an. Mit dem aktuellen Vergleich erkennt der Ex-Vorstand die Schadensersatzforderungen des Freistaates an und ist zur Zahlung verpflichtet. Im Gegenzug wird die gegen ihn gerichtete Schadensersatzklage eingestellt. Zudem habe das SMF gegen den Versicherer der Vermögenshaftpflicht der ehemaligen Vorstände eine sog. Deckungsklage erhoben.

## Sachsen aktuell: Pisa Platz eins – Lehrerlohn Platz 16

„Kommen Sie an den Verhandlungstisch, Herr Professor Unland!“, so die Forderung der Lehrgewerkschaft GEW an Sachsens Finanzminister. Geschrieben mit weißer Kreide auf grünem (Tafel-)Grund und am 11. Juli vor dem Landtag platziert. Dahinter ein symbolisches Klassenzimmer, die Stühle besetzt mit Referendaren und Lehramtsstudenten – und allesamt stocksauer auf Sachsens Sparkommissar, der nicht nur die Verhandlungen

gen über eine einheitlich-gerechte Bezahlung (Lehrereingruppierung) hatte platzen lassen, sondern auch dafür verantwortlich gemacht wird, dass dem Lehrermangel im Freistaat nicht begegnet wird.

Referendare aus Leipzig und Umgebung hatten kürzlich im Rahmen ihrer Zeugnisübergabe öffentlich gemacht, wie das konkret aussieht: Statt der von Kultusministerin Kurth so gern



Finanzminister Dr. Georg Unland (CDU) erklärt sächsischen Lehramtsstudenten, die aufgrund „falscher Fächerkombinationen“ keine Anstellung erhalten, das sei eben „Lebensrisiko“, ganz rechts: MdL Heike Werner (DIE LINKE)



v.li.: Kultusministerin Brunhild Kurth, MdL Cornelia Falken (DIE LINKE), Markus Schlimbach (DGB), MdL Martin Dulig und MdL Dr. Eva-Maria Stange (beide SPD), MdL Marion Junge (DIE LINKE)

genannten „passgenauen“ Arbeitsangebote, gab es für rd. ein Drittel der 150 ausgebildeten Gymnasiallehrer einen Tritt. Sie müssen sich beim Arbeitsamt melden, für weniger Geld an Grund- oder Mittelschulen unterrichten oder in andere Bundesländer gehen. Minister Unland nennt das „Lebensrisiko“.

„Zynisch“ nennt das hingegen die **LINKE Bildungsexpertin Cornelia Falken**: „Künftig werden Lehramtsanwärter während ihres Referendariats sogar noch mehr Stunden unterricht-

ten müssen als bisher. Offensichtlich soll damit der eklatante Lehrmangel kompensiert werden. Die Einstellungen zum Schuljahresbeginn 2013/2014 reichen nicht aus, um den Unterricht abzusichern. Statt 1000, wie Frau Kurth stets behauptet, werden nur 150 unbefristet eingestellt, 250 befristet, 83 entfristet (weil an Schulen schon tätig) und 101 waren schon zu Schulhalbjahr eingestellt worden. Den 760 tatsächlichen Neueinstellungen stehen 790 ausscheidende Lehrkräfte gegenüber. Und: 460 Lehrkräfte gelten als langzeiterkrankt.



# Koalition beschließt: Ortschaftsräte bleiben „fünftes Rad am Wagen“

„Politik wird von vielen Bürgern als eine komplexe, kaum durchschaubare Angelegenheit begriffen. Die Antwort darauf kann nur sein, dass die Bürger selbst mehr in die Hand nehmen. Nirgendwo kann dies bes-

ser gelingen als auf kommunaler Basis.“ So begründete die **Kommunalexpertin der LINKEN, MdL Marion Junge**, den Gesetzentwurf ihrer Fraktion zur Stärkung der Ortschaftsverfassung in Sachsen.

Mit der Novelle zur Gemeindeordnung wollte DIE LINKE bürgerschaftliche Beteiligung in den Ortschaften erleichtern und ihren Belangen bei Entscheidungen der Gemeinderäte mehr Gewicht verleihen. Konkret ging es darum, dass Ortschaftsräte künftig ein Anhörungs-, Vorschlags-, Antrags-, Widerspruchs- und Budgetrecht erhalten. Damit könnten die Ortschaftsräte z.B. noch vor den Beratungen zu den Gemeindehaushalten Stellung nehmen, bei Ortschafts-Angelegenheiten Vorschläge unterbreiten und Beschlüssen des Gemeinderates widersprechen. Um der Position des Ortsvorstehers mehr Gewicht zu verleihen, sollte dieser direkt gewählt werden und die Bezeichnung „Ortsbürgermeister“ tragen.

Diese und alle anderen Unterpunkte des Gesetzentwurfes zur Stärkung der Ortschaften lehnte die Landtagsmehrheit ab und verweigerte den Ortschaftsräten somit die Aufwertung ihrer Arbeit und die Anerkennung, die sie verdienen.



© Gerd Altmann / PIXELIO

## Abgelehnt

– hat die Landtagsmehrheit den Gesetzentwurf der Faktion DIE LINKE über „die Öffentlichkeit der Verwaltung und die Freiheit des Informationszugangs im Freistaat Sachsen“ – kurz „Sächsisches **Verwaltungstransparenzgesetz**“. Damit wurde die Chance vertan, den Bürger/innen eine umfassende und gleichberechtigte Teilhabe an den der Verwaltung vorliegenden Informationen zu gewähren. Der Verweis aufs Amtsgeheimnis darf also weiter dafür herhalten, dass Behörden und Ämter sich von Otto Normalverbraucher nicht in die Karten gucken zu lassen brauchen. Ein Armutszeugnis und eine Abfuhr für die Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Und geradezu lächerlich angesichts PRISM und TEMPORA...

# „Wir brauchen jeden Jugendlichen“

Wie ernst der CDU und FDP dieser Satz ist, stellte sie am 10. Juli in der Debatte um den LINKE-Antrag zur Übergangsförderung der Kompetenzagenturen und der Schulverweigerungsprojekte „Die 2. Chance“ unter Beweis: Sie lehnten ihn ab.

Die aktuell 17 Kompetenzagenturen in Sachsen wenden sich an Jugendliche, die die Schule bereits verlassen haben, von der Berufsberatung der Arbeitsagenturen nicht (mehr) erreicht werden und eine konkrete Einzelfallbegleitung auf dem Weg zu Ausbildung oder Arbeit benötigen. Zwischen 2008 und 2011 wurden im Freistaat 7.630 Jugendliche von den Kompetenzagenturen begleitet, 18 Prozent davon begannen danach eine Ausbildung, 22 Prozent kamen in eine arbeitsfördernde Maßnahme und zehn Prozent erhielten einen Arbeitsvertrag.



© Konstantin Gastmann / PIXELIO

Die Agenturen werden über ESF-Mittel gefördert und von den Kommunen kofinanziert. Die EU-

Förderperiode läuft 2013 aus. Das Bundes-Anschlussprogramm „Jugend stärken plus“ soll laut dem Bundesjugendministerium auch die Kompetenzagenturen und die Schulverweigerungsprojekte in der nächsten ESF-Periode weiterfinanzieren. „Jedoch plant das Bundesministerium die Finanzierung erst ab 2015. Dadurch ergibt sich eine Finanzierungslücke von mindestens einem Jahr und die ersten Entlassungen sozialpädagogischer Fachkräfte sind bereits ausgesprochen“, so die **jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion Annetrin Klepsch**.

DIE LINKE forderte die Staatsregierung auf, die Übergangsförderung für die Kompetenzagenturen in Sachsen und Projekte „2. Chance“ abzusichern, „denn die Kommunen allein können dies nicht oder nur auf Kosten anderer Bereiche der Jugendsozialarbeit leisten“, so Klepsch.



## Plenarspiegel Juli 2013

Am 10. und 11. Juli 2013 fand die 80. und 81. Sitzung des Sächsischen Landtags statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

### Aktuelle Debatte:

„Fünf Jahre **Bad Bank in Sachsen** – Zwischenbilanz, Konsequenzen und Ausblick“

### Dringlicher Antrag:

„Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gegen Verletzung durch in- und ausländische Stellen wirksam schützen – Forderungen des Sächsischen Datenschutzbeauftragten zu **Konsequenzen aus dem `Tempora`- und `Prism`-Überwachungsskandal** unverzüglich umsetzen!“ (Drs 5/12325)

### Gesetzentwürfe:

– „Gesetz über die Öffentlichkeit der Verwaltung und die Freiheit des Informationszugangs im Freistaat Sachsen (Sächsisches **Verwaltungstransparenzgesetz**)“, 2. Lesung (Drs 5/9012) (dazu Änderungsantrag in Drs 5/12367)

– „Gesetz zur Stärkung der **Ortschaftsverfassung** im Freistaat Sachsen“, 2. Lesung (Drs 5/9560)

### Anträge:

– „**Fortbestand** und Übergangsförderung der Kompetenzagenturen und der **Schulverweigerungsprojekte** `Die 2. Chance` in Sachsen sichern!“ (Drs 5/12289)

– „Europäischen Emissionshandel wiederbeleben – Renaissance der klimaschädlichen **Kohleverstromung stoppen**“ (Drs 5/12206)

In den Berichten der Ausschüsse (Sammeldrucksache 5/12312) war folgender Antrag der Fraktion DIE LINKE enthalten:

– „Evaluation der **Familien- und Sexualerziehung an den Schulen** im Freistaat Sachsen“ mit der Stellungnahme der Staatsregierung (Drs 5/2180)

Auf Empfehlung der Ausschüsse lehnte die Mehrheit im Plenum diesen Antrag ab.

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter [www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de)



# „Prima Klima“ mit der Koalition

Mit einem Antrag wollte DIE LINKE der Staatsregierung Beine machen, sich für einen funktionierenden CO<sub>2</sub>-Emissionshandel in der EU und bei der Bundesregierung stark zu machen. Zwar gibt die Staatsregierung an, Treibhausgase verringern zu wollen, andererseits nimmt sie den Emissionshandelssektor, der die energieintensiven Industrien und die Energiewirtschaft umfasst, in ihrem Energie- und Klimaprogramm ausdrücklich aus und verlässt sich auf den EU-weiten Emissionshandel als marktwirtschaftliches Instrument. „Dabei wurde in der Zwischenzeit der Ausbau der Kohleverstromung weiter vorangetrieben. Die Emissionen des Treibhausgases CO<sub>2</sub> sind um zwei Prozent gestiegen. Das liegt maßgeblich am Preisverfall der CO<sub>2</sub>-Zertifikate, wovon auch Vattenfall und MIBRAG profitieren und ermuntert werden, neue Braunkohletagebaue aufzuschließen.“ so die **LINKE Energieexpertin Dr. Monika Runge**.

Vattenfall betreibt in Boxberg vier Kraftwerksblöcke, die pro Jahr fast 20 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> ausstoßen. „Damit trägt das Kraftwerk überproportional zum kontinuierlichen Aufwuchs des Pro-Kopf-Ausstoßes an CO<sub>2</sub>-Emissionen in Sachsen bei“, rechnet die Lausitzer LINKE Abgeordnete



Kathrin Kagelmann vor und erinnert an die Verantwortung des Freistaats: „Daran muss sich nachhaltige Energiepolitik in Sachsen messen lassen und nicht an einer Wirtschaftsents-

wicklung in China oder Indien. Bei bisher üblichen Kraftwerkslaufzeiten von 40 Jahren müssten die Blöcke in Boxberg zwischen 2020 und maximal 2050 vom Netz gehen. Aber Vattenfall hat andere Pläne. Er will die Laufzeiten bis weit nach 2060 verlängern – und dazu braucht er natürlich mehr Kohle: 310 Mio. Tonnen und damit just die Menge, die im Tagebau Nochten II liegt und ca. 1.600 Menschen die sorbische Heimat kosten soll.

Auch angesichts des jüngsten Hochwassers in Sachsen war Kathrin Kagelmann entsetzt, „dass angesichts der Häufung von Wetterextremen Zusammenhänge zwischen der Art

der Energieproduktion und dem Klimawandel immer nur verharmlost und sogar geleugnet werden. Aber Wetterextreme kosten Menschenleben, vernichten Ernten, zerstören Infrastruktur und schädigen Unternehmen. Ich erwarte von der Staatsregierung, dass sie erstens das Sächsische Energie- und Klimaprogramm in Richtung des Ausbaus der erneuerbaren Energien überarbeitet, dass sie zweitens den Neuaufschluss des Tagebaus Nochten II stoppt und dass sie drittens im Bundesrat initiativ wird, um endlich ein nationales Braunkohleausstiegsgesetz einzufordern, das einen klaren Ausstiegspfad bis zum Jahre 2040 beschreibt.“ Die Koalition lehnte den Antrag der LINKE dennoch ab.



© Jochen-Sievert / PIXELIO

## LINKE in der Völkerschlacht um „Kap Zwenkau“

Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause absolvierten die Mitarbeiter/innen der LINKEN-Landtagsfraktion ihre traditionelle Bildungsexkursion. Die bevorstehende 200-Jahrfeier der Völkerschlacht zu Leipzig gab die Richtung vor: Leipzig! Bei „Kaiserwetter“ gab es

einen ebenso spannenden wie kontroversen Vortrag zu Geschichte und Wertung des 91 Meter hohen Völkerschlachtdenkmals (Bild rechts), bevor es daran ging, den Steinriesen per pedes (mutig!) oder Lift (...) zu bezwingen. Wer die 364, penetrant kreisförmig angelegten Stufen

bezwungen hatte, wurde mit einem beeindruckenden Panoramablick belohnt.

Nach einem Zwischenstopp beim Mehrweg e.V. ging es weiter gen Süden, um in Zwenkau „in See zu stechen“. An Bord der „Santa Barbara“ (Bild links) erfuhr die Dresdner Gruppe Wissenswertes über den fünf Kilometer langen Tagebausee, der riesige Potenziale für den Tourismus birgt und mit dem Juni-Hochwasser sogar eine Hauptrolle beim Hochwasserschutz von Leipzig zugewiesen bekam. Der Zwenkauer See ist exemplarisch für eine Landschaft im Wandel: Azurblaues Wasser, eine reiche Vogelwelt und sattes Wiesengrün auf der einen – mächtige Dampfsäulen aus den Blocks vom Kraftwerk Lippendorf auf der anderen Seite. Die verkehrs- und medientechnische Erschließung des maritim-touristischen Gewerbegebietes vom „Kap Zwenkau“ wird mit EU-Mitteln gefördert und schickt sich an, Naherholungsgebiet und Ausflugsziel zu werden.



Fotos: efa

## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800  
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de  
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Elke Fahr

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag